

**Betreff:** RE: AW: Pressemitteilung von "zusammen mit Bürgern e.V."

**Von:** Christina Major <christina.major@hotmail.de>

**Datum:** Fri, 18 Jun 2010 12:26:36 +0200

**An:** <ekkehard.wolf@op-online.de>

Sehr geehrter Herr Wolf,

zuerst einmal freuen wir uns sehr, dass Sie offensichtlich doch mit großem Interesse unsere Pressemeldung gelesen haben. Wir denken, nur über den offenen Dialog kommen wir uns alle in Sachen Vorurteilen und objektiver Berichterstattung näher.

Zu der Überschrift, die Sie monierten (Das Ende der Lüge): Wenn Sie den Zusammenhang nicht erkennen können, zwischen der bisherigen Strategie der FDP und der mit ihr verbundenen Mitglieder, die Besserverdienenden in unserer Gesellschaft in jedweder Form zu bevorzugen, den Sozial Schwachen aber Bürden aufzuerlegen, dann würden wir Ihnen nahe legen, die Überschrift in : RECKLISS GEGEN WESTERWELLE zu ändern. Dann dürfte der Inhalt unserer Pressemeldung im Zusammenhang deutlicher werden. Wir wollten das ein wenig abgemildert formulieren, aber Sie haben schon Recht, in der Sache sollte man das so erwähnen. In unserer Pressemeldung ist der Verweis auf das Gänseessen mit Honoratioren und Besserverdienenden sicherlich nicht gleich mit der Überschrift in Verbindung zu bringen.

Zu den Kosten, die von einem hauptamtlichen Stadtrat verursacht werden, zählen auch die Pensionsrücklagen, die Kosten für zugehöriges Personal, Raum- und Sachkosten, sowie die Versicherungen und andere Sozialleistungen, die der Steuerzahler zu tragen hat. Somit addieren sich die Kosten erheblich auf die Anzahl der Jahre gerechnet und letztlich bleibt es bei den Millionen. Aber Sie erwarten sicher nicht, jetzt eine auf Cent und Euro genau Zahl von uns. Was wir in den nächsten Pressemeldungen bis zur Wahl noch entsprechend genauer zu erläutern gedenken, ist das Modell der Dezernatsverteilung auf ehrenamtliche Stadträte. Dazu werden Sie zeitnah informiert.

Zur Anstellung der Sozialarbeiter in der Kommune bleibt auf Dauer keine Alternative, wenn durch die Politik der Schwarz-Gelben Koalition die Kommunen immer stärker belastet werden. Auch hier werden wir zeitnahe Presseerklärungen herausgeben, die deutlich machen, wie man durch die Anstellung von Streetworkern / Sozialarbeitern die Gelder sinnvoller verwenden kann. Auch die personelle Ausstattung der Sozialstation mit Pflegekräften, die regelmäßig Überstunden machen, muss überdacht werden. Hier steht das Konzept Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund. Vielleicht können wir es diesbezüglich auf den Punkt bringen : Die Stadt braucht mehr Indianer und weniger Häuptlinge. Die jetzige Auswechslung von Alois Schwab auf den Plakaten durch gleich zwei Häuptlinge erscheint uns nicht mehr zeitgemäß, besonders nicht in Verbindung mit dem Vorpreschen von Herrn Reckliess für die zweite Stadtratsstelle.

Wir freuen uns, dass Sie doch auch ein inhaltliches Interesse an unserer Pressemitteilung haben. Wir hätten uns übrigens gewünscht, dass Sie in Ihrem Bericht über das letzte Pressefrühstück unseres Vereines auch über die Initiative der Ansielung junger Familien berichtet hätten. Dies war ebenfalls Bestandteil unseres Pressefrühstücks. Im Sinne einer breit aufgestellten Information ihrer Leserschaft wäre dies durchaus eine interessante Information gewesen, wie man in anderen Presseorganen lesen konnte.

Hoffentlich helfen Ihnen die Informationen und unsere fundamentale Kritik an Herrn Reckließ und der FDP, in der er ja nun immer noch Mitglied ist, weiter.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Verein "zusammen mit Bürgern e.V."  
Christina Major  
Schriftführerin  
Tel:06106/4740

---

From: Ekkehard.Wolf@op-online.de

To: christina.major@hotmail.de

Date: Thu, 17 Jun 2010 16:29:05 +0200

Subject: AW: Pressemitteilung von "zusammen mit Bürgern e.V."

Sehr geehrte Frau Major,

erlauben Sie mir bitte drei Nachfragen zu Ihrer Pressemitteilung:

1. In der Überschrift schreiben Sie: "Das Ende der Lüge." Wer hat wann, wo und wie gelogen? Im Text findet sich dazu keine konkrete Aussage.

2. Sie schreiben, Stadtrat Schüßler koste "auf lange Sicht die Stadt Rodgau Millionen von Euro". Bitte rechnen Sie uns das noch mal vor. (Die CDU spricht lediglich von einer Million in sechs Jahren, laut Haushaltsplan beantragen seine Personalkosten 606.000 Euro für sechs Jahre, die SPD beziffert den Mehraufwand auf 240.000 Euro für die knapp zwei Jahre bis zum Ende der Amtszeit von Frau Ripper. Über alle drei Berechnungsmodelle haben wir am 21. Mai berichtet.)

3. Sie sagen, diese Millionen wären "durch die Anstellung von Sozialarbeitern und Pflegekräften im Sozialbereich viel besser angelegt". Für welche Aufgaben soll die Stadt nach Ihrer Ansicht zusätzliche Sozialarbeiter einstellen? Der Satz über die Pflegekräfte bezieht sich sicher auf die Sozialstation Rodgau gGmbH: Welche Anhaltspunkte gibt es dafür, dass die Sozialstation personell unterbesetzt ist?

Bitte lassen Sie mir Ihre Antworten rasch zukommen. Wir möchten gern in der Samstagsausgabe über Ihre Stellungnahme berichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ekkehard Wolf

Offenbach-Post

Redaktion Rodgau

---

Künftig E-Mails über Hotmail [ohne Werbung versenden!](#)

**reckliessfdpaustritt.doc**